eGovernment-Wettbewerb

Serviceportal Ende-zu-Ende gedacht

[29.09.2026] Das Serviceportal Migration Deutschland des Bundesministeriums des Innern hat beim eGovernment-Wettbewerb 2026 den ersten Platz in der Kategorie „Kundenzentrierte Verwaltungsprozesse von Anfang bis Ende (E2E) neu gedacht“ erreicht. Die Plattform soll Verwaltungsverfahren im Ausländerwesen durchgängig digitalisieren.

Die Digitalisierung der Migrationsverwaltung ist aufgrund der föderalen Zuständigkeiten besonders anspruchsvoll. Während der Bund den gesetzlichen Rahmen im Ausländerrecht setzt, sind die Länder für die Ausführung der Bundesgesetze verantwortlich. Die praktische Anwendung liegt vielfach bei den Kommunen und ihren Ausländerbehörden. Hinzu kommen unterschiedliche Fachverfahren und bislang vielfach kommunale Einzellösungen. Standardisierung, Vernetzung und die gemeinsame Nutzung digitaler Lösungen sollen diese Strukturen stärker zusammenführen.

Mit diesem Ansatz überzeugte das Serviceportal Migration Deutschland auch beim eGovernment-Wettbewerb 2026. Das Projekt erreichte den ersten Platz in der Kategorie „Kundenzentrierte Verwaltungsprozesse von Anfang bis Ende (E2E) neu gedacht“. Im Mittelpunkt steht dabei eine durchgängige Digitalisierung, die sowohl die Perspektive der Antragstellenden als auch die Arbeitsabläufe der Verwaltungsbeschäftigten berücksichtigt.

Ein Portal für durchgängige digitale Verfahren

Laut der Präsentation des Projekts auf dem eGovernment-Wettbewerb sollen mit dem Serviceportal Migration Deutschland bestehende IT-Infrastrukturen miteinander verzahnt und föderale Gesamtprozesse etabliert werden. Das Konzept folgt dabei vier Prinzipien: Verzahnung, Standardisierung, Once-Only und Nachnutzung. Ende-zu-Ende-Lösungen sollen möglichst nur einmal entwickelt und anschließend gemeinsam genutzt und weiterentwickelt werden. Informationen sollen nach dem Once-Only-Prinzip ebenfalls wiederverwendet werden können.

Das SMD setzt diese Prinzipien zunächst für drei Leistungen um: Aufenthaltstitel, Verpflichtungserklärung und Einbürgerung. Antragstellende können Verfahren digital über die BundID starten. Auch die weitere Kommunikation erfolgt digital über das BundID-Postfach. Damit soll der Prozess von der Antragstellung bis zur Bearbeitung möglichst ohne Medienbrüche ablaufen.

Quick-Check soll Antragsqualität erhöhen

Für Bürgerinnen und Bürger dient das SMD zugleich als zentrale Informations- und Antragsplattform. Ein sogenannter Quick-Check unterstützt bereits vor beziehungsweise während der Antragstellung. Die Präsentation zeigt am Beispiel der Einbürgerung, wie Nutzende von Informationen über den Quick-Check bis zum eigentlichen Online-Antrag geführt werden. In geeigneten Fällen ist zudem eine verkürzte Antragstellung über einen Kurzantrag vorgesehen.

Auf Verwaltungsseite soll eine geführte und standardisierte Sachbearbeitung die Bearbeitung erleichtern. Dazu gehören ein kontinuierlicher Vorgangsüberblick, digitale Bearbeitungsfunktionen sowie eine automatisierte Dokumentenprüfung. Ziel sind eine höhere Qualität der eingehenden Anträge und eine Entlastung der Beschäftigten.

Weniger Vor-Ort-Termine und medienbruchfreie Prüfung

Von der Plattform sollen beide Seiten profitieren. Für Antragstellende stehen ein zentrales Informations- und Antragsportal, weniger Wartezeiten und Vor-Ort-Termine sowie die digitale Kommunikation mit den Behörden im Vordergrund. Verwaltungsmitarbeitende sollen durch die digitale Antragsbearbeitung entlastet werden. Das System unterstützt sie zudem bei einem medienbruchfreien Prüfprozess und bei der unmittelbaren Kommunikation mit weiteren Verfahrensbeteiligten.

Ein wesentlicher Ansatz des Projekts besteht laut der Präsentation darin, vorhandene Komponenten weiterzuverwenden. Genutzt werden unter anderem OZG-Bausteine, die BundID sowie Daten und Informationen aus Bundesregistern. Perspektivisch sollen weitere OZG-Komponenten eingebunden und zusätzliche Onlineverfahren realisiert werden.

Mehr als 50 Kommunen im Roll-out

Entwickelt wurde das Serviceportal praxisnah gemeinsam mit den Pilotkommunen Bonn und Potsdam. Nur 13 Monate benötigte das Projekt bis zur Basisversion. Seit März 2025 befindet sich das SMD im Livebetrieb. Inzwischen sind mehr als 50 Kommunen im Roll-out. Auch erste Zahlen zur Nutzung liegen vor: In Bonn wurden innerhalb der ersten 15 Monate mehr als 2.000 Anträge über das Portal gestellt. Die Entlastung der Verwaltungsmitarbeitenden wird mit mehr als 25 Prozent angegeben. Zugleich wird das Portal iterativ weiterentwickelt.

KI soll Prüfschritte unterstützen

Zu den nächsten Entwicklungsschritten gehört auch künstliche Intelligenz. Ein KI-Pilot soll die Automatisierung und Unterstützung von Prüfschritten erproben. Details zur eingesetzten KI-Technologie oder zu den konkret vorgesehenen Prüfschritten enthält die Wettbewerbspräsentation nicht.

Über das Ausländerwesen hinaus soll das SMD in übergreifende Ressortvorhaben integriert werden. Das Projekt ist zudem als Blaupause für ähnliche Verwaltungsvorhaben angelegt. Damit liegt der Schwerpunkt nicht allein auf einzelnen Online-Anträgen, sondern auf einer föderal nachnutzbaren Infrastruktur für durchgängige Verwaltungsprozesse.

()

Stichwörter: CMS | Portale, BMI, eGovernment-Wettbewerb, Serviceportal Migration Deutschland